



Dr. Christian Schmitz ist Auslandsmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau.



Dr. Agnieszka Łada ist Politikwissenschaftlerin und Leiterin des Europa-Programms am Institut für Öffentliche Angelegenheiten in Warschau.

WAHLEN IN WARSCHAU, VERHANDLUNGEN IN BRÜSSEL

DIE POLNISCHEN PARLAMENTSWAHLEN UND DIE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

Christian Schmitz / Agnieszka Łada

Für Deutschlands östlichen Nachbarn Polen war das zurückliegende Jahr 2011 ein Jahr der Herausforderungen und Bewährungen. Erstmals seit seinem EU-Beitritt hatte die Regierung in Warschau eine EU-Ratspräsidentschaft zu bewältigen. Diese Premiere fiel zudem in eine Zeit, da die europäische Staatsschuldenkrise eine neue Dimension erreichte. Ungeachtet dessen legte Polen für die Zeit seines EU-Vorsitzes eine ehrgeizige Agenda vor, deren Umsetzung vor dem Hintergrund des parallel verlaufenden Wahlkampfes und der anschließenden Phase der Regierungsbildung bewältigt werden musste. Am Ende war der Erfolg auf der Seite der polnischen Regierung: Sie gewann die Wahlen und absolvierte eine hilfreiche und professionelle Ratspräsidentschaft. Beides konnte vielleicht nur deshalb gelingen, weil die polnischen Verantwortlichen den Ratsvorsitz und das Wahlkampfgetümmel strikt voneinander trennten.

AUSGANGSLAGE

Die verantwortlichen Protagonisten in Warschau hatten keine schlechte Ausgangsposition, um die schwierige Herausforderung erfolgreich zu meistern. Innenpolitisch waren die vergangenen vier Jahre für Polen eine relativ stabile Zeit. Die Regierung der konservativ-liberalen Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) mit der sogenannten Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL), geleitet von Donald Tusk, hatte zwar viele ursprünglich geplante Reformvorhaben auf Eis gelegt, aber das Land gut durch die Finanz- und Wirtschaftskrise geführt. So

endete das Jahr 2009 für Polen, als einziges Land in der EU, mit einem Wirtschaftswachstum. Ein geschickter Umgang mit den Geldern aus den EU-Strukturfonds war hierfür mitentscheidend. Wichtig war auch, dass die Katastrophe von Smolensk – am 10. April 2010 waren Staatspräsident Lech Kaczyński und viele Vertreter der polnischen Elite bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommen – das Funktionieren des polnischen Staates nicht beeinträchtigt hatte. Stabilisierend wirkte sich schließlich auch aus, dass mit Donald Tusk erstmals seit 1989 ein polnischer Regierungschef vor der dann auch Realität gewordenen Perspektive stand, wiedergewählt zu werden.

Stabil war vor der Übernahme der polnischen EU-Ratspräsidentschaft auch der europapolitische Rückhalt der Regierung in der Bevölkerung. Im April 2011, sieben Jahre nach dem EU-Beitritt, sagten 63 Prozent der befragten

Im April 2011, sieben Jahre nach dem EU-Beitritt, sagten 63 Prozent der befragten Polen, die Integration in die Europäische Union bedeute für das Land mehr Nutzen als Schaden.

Polen, die Integration in die Europäische Union bedeute für das Land mehr Nutzen als Schaden. Diese Quote zeigte sich seit dem Jahr 2004 stabil. Gleiche Stabilität der Ergebnisse (42 Prozent) erreichte auch die Zustimmung zu der Aussage, die Integration in die EU bedeute für die Menschen ganz persönlich mehr Nutzen als Nachteil. Insgesamt 83 Prozent der Polen sahen sich als Befürworter der Europäischen Integration – ebenfalls ein Wert, der in den vergangenen Jahren unverändert blieb.¹

DIE PLANUNG DES EU-RATSVORSITZES

Die polnische Regierung hatte somit recht gute interne Voraussetzungen für die Übernahme der europäischen Ratspräsidentschaft am 1. Juni 2011. Doch die sich wieder verschärfende internationale Staatsschuldenkrise und die damit verbundene Diskussion um die Gemeinschaftswährung, der laufende Reformprozess der EU nach dem Inkrafttreten des Vertrags vom Lissabon, das Aufbegehren der Menschen gegen ihre Regime in den Ländern südlich der EU und die sichtbaren Demokratiedefizite in der östlichen Nachbarschaft machten die Ausgangssituation für das polnische Debüt wiederum schwer. Die Regierung

1 | CBOS: BS/52/2011, *Siedem lat obecności Polski w Unii Europejskiej* (Sieben Jahre Polen in der Europäischen Union), Warschau, 05/2011, <http://cbos.pl> [17.01.2012].

Bei der Übernahme des Ratsvorsitzes sollte eine Image-Kampagne das Land als ein verlässliches, gut vorbereitetes und verantwortungsbewusstes EU-Mitglied präsentieren.

in Warschau wollte sich dennoch als guter Spieler auf der europäischen Bühne zeigen, als einer, der Ideen für die Zukunft Europas hat und der neuen Schwung in die Brüsseler Maschinerie bringen kann. Entsprechend verfolgte die polnische Seite in Brüssel und in den EU-Mitgliedstaaten, besonders in Deutschland, im Zusammenhang mit der Präsidentschaftsübernahme eine gezielte Image-Kampagne, die Optimismus verbreiten und Polen als ein verlässliches, gut vorbereitetes und verantwortungsbewusstes EU-Mitglied präsentieren sollte. Die Erwartungen, die damit geweckt wurden, waren hoch.

Die angemessen frühe Vorbereitung und das starke europäische Engagement der Regierung trafen innenpolitisch auf die für Oktober angesetzten Parlamentswahlen. Üblicherweise wird bei der Planung der EU-Ratspräsidentschaften darauf geachtet, dass sie nicht mit Wahlen in dem betreffenden Land kollidieren. So war es auch für Polen vorgesehen, aber die vorgezogenen Parlamentswahlen im Jahr 2007 sorgten für einen Bruch in der Zeitplanung. Man hielt jedoch an ihr fest, weil eine Änderung der Reihenfolge der EU-Ratspräsidentschaft ebenso wenig praktikabel erschien wie vorgezogene Wahlen in Polen. Hierzu hätte der Sejm, das polnische Parlament, aufgelöst werden müssen, wozu es der Zustimmung der Regierungskoalition und der Opposition bedurft hätte – angesichts der notorisch destruktiven Haltung der oppositionellen PiS-Partei ein Unternehmen mit unsicheren Erfolgchancen. Außerdem war es nach Einschätzung der polnischen Planungsstrategen besser, wenn eine eingearbeitete Regierungsmannschaft die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt und nicht eine vollkommen ausgewechselte oder, im Fall eines Wahlsiegs der Bürgerplattform, zumindest teilweise neu besetzte Regierungsmannschaft. Vor diesem Hintergrund ging man zunächst davon aus, dass die Wahlen zum neuen Sejm zum spätestmöglichen Termin stattfinden würden, um das alte Kabinett fast bis zum Ende der EU-Ratspräsidentschaft in der Regierungsverantwortung belassen zu können. Die Entscheidung von Staatspräsident Bronisław Komorowski, den Wahltermin schon für den 9. Oktober anzusetzen, hatte auf den ersten Blick nur unangenehme Konsequenzen: Im Fall eines Regierungswechsels kurz nach Ablauf der ersten Hälfte der Ratsvorsitzperiode

waren negative Auswirkungen sowohl auf die Wahrnehmung der Präsidentschaft als auch auf ihre reale Stärke auf der EU-Bühne zu befürchten. Darüber hinaus schien der Wahlkampf während der Zeit des EU-Ratsvorsitzes in nicht verantwortbarer Weise die Kräfte der handelnden Politiker zu binden, ebenfalls mit negativen Auswirkungen auf die Ergebnisse der Präsidentschaft. Andererseits war klar, dass die amtierende Regierung selbstverständlich die Ratspräsidentschaft dazu nutzen würde, sich in einem möglichst guten Licht vor den europafreundlichen Wählern zu zeigen. Gute Arbeitsergebnisse der Präsidentschaft waren damit die erklärten Ziele und im besten Interesse der Wahlkämpfer.

Aus Brüsseler Sicht, aber auch in der Wahrnehmung der EU-Mitgliedstaaten, ganz besonders in Deutschland, traten die möglichen Kollisionsprobleme von Wahltermin und Ratsvorsitz gegenüber einer noch wichtigeren Frage in den Hintergrund. Würde Polen den europafreundlichen Kurs der Regierung Tusk fortsetzen und weiter als eine energische und positive Kraft in der EU wirken oder würde das Land zu seiner Rolle als Integrationsbremse zurückkehren, die bei einem Wahlsieg der oppositionellen PiS-Partei unter Jarosław Kaczyński zu erwarten war?

Würde Polen den europafreundlichen Kurs fortsetzen oder würde das Land zu seiner Rolle als Integrationsbremse zurückkehren, die bei einem Wahlsieg Kaczyńskis zu erwarten war?

WAHLEN UND WAHLKAMPF

Am 9. Oktober 2011 waren rund 30,6 Millionen Polen aus dem In- und Ausland aufgerufen, 460 Sejmsabgeordnete und 100 Senatoren neu zu wählen. Vier Jahren zuvor, am 21. Oktober 2007, war der Bürgerplattform PO unter dem Vorsitz von Donald Tusk ein klarer Sieg über die damalige Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit PiS mit Jarosław Kaczyński an ihrer Spitze gelungen. Seither regierte die PO (41,1 Prozent der Stimmen) zusammen mit der polnischen Bauernpartei PSL (8,91 Prozent der Stimmen) das Land. Beide Parteien sind Mitglieder der Europäischen Volkspartei EVP. Die PiS war als stärkste Oppositionspartei im Sejm vertreten.

Die Umfragen dokumentierten einen anhaltenden Schrumpfungsprozess des bislang bequemen Stimmenvorsprungs der PO vor der oppositionellen PiS.

Angesichts der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung Polens während der vergangenen Jahre, des erfolgreichen Umgangs mit der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise und des europafreundlichen Kurses der Regierung Tusk erschien ein erneuter Wahlsieg der Bürgerplattform lange als sicher. Doch wenige Wochen vor den Wahlen machte sich in der regierenden PO mehr und mehr Nervosität breit. Die Umfragen dokumentierten einen anhaltenden Schrumpfungsprozess des bislang bequemen Stimmenvorsprungs der PO vor der oppositionellen PiS. So sah das Meinungsforschungsinstitut Homo Homini die PO kurz vor den Wahlen bei 33,1 Prozent und die PiS bei 28,1 Prozent. Auch wenn andere Umfrageinstitute etwas erfreulichere Werte für die PO lieferten, so schien sich dennoch insgesamt ein Trend zu manifestieren, der die PiS begünstigte und der PO den Wind aus den Segeln nahm.

Bis dahin hatte es, für jeden Menschen in Polen sichtbar, einen Wahlkampf gegeben, der für Kaczyńskis PiS gut verlief, für die PO jedoch sehr schleppend begonnen hatte und dann im Ansatz stecken geblieben war. So wie vier Jahre zuvor Donald Tusk und seinen Mitstreitern erfolgreich die Mobilisierung junger Menschen gelungen war, so drohte es aus PO-Sicht nun die PiS zu schaffen, das beim letzten Urnengang entscheidende Wählerpotenzial der Jungen im Lande für sich zu mobilisieren. Dies geschah weniger mit inhaltlichen denn mit optischen Mitteln: Junge, auffallend hübsche Damen umgaben bei jeder Gelegenheit imagefördernd den Spitzenkandidaten, der seiner Partei einen modernen und dynamischen Anstrich gab. Die Botschaft war: Junge Menschen, die etwas bewegen und erfolgreich sein wollen, wählen PiS!

Jarosław Kaczyński hatte sich, anders als 2007, nicht auf eine Fernsehdebatte mit Donald Tusk eingelassen und die Strategie verfolgt, die offene Auseinandersetzung weitgehend zu vermeiden. Stattdessen setzte er weiterhin auf die Emotionalisierung der Politik und bediente die Neidgefühle der (vermeintlich) zu kurz gekommenen: „Die Polen haben mehr verdient“, lautete der Wahlslogan der PiS. Erwartungsgemäß konzentrierte sich die Partei auf nationale Themen. Auch nach der Veröffentlichung des offiziellen Berichts über die Ursachen des Flugzeugunglücks von

Smolensk wurden wohl dosiert weiterhin Verschwörungstheorien gesponnen, in deren Mittelpunkt eine mit Wissen der polnischen Regierung durchgeführte Verschwörung der Russen stand, die den Flugzeugabsturz geplant und herbeigeführt hätten. Einige Hinterbliebene von Absturzopfern hatte Kaczyński öffentlichkeitswirksam auf die Kandidatenlisten seiner Partei gesetzt. Darüber hinaus redete PiS bei jeder sich bietenden Gelegenheit einer Außenpolitik das Wort, welche die kompromisslose Durchsetzung polnischer Interessen forderte, vor allem gegenüber einem von „Merkel-Deutschland“ dominierten Europa. Innenpolitisch klagte PiS die Regierung vor allem dafür an, die steigenden Benzin- und Lebensmittelpreise zu verantworten zu haben.

Die PO war mit Donald Tusk vorzugsweise auf Wahlkampf in der Provinz unterwegs, um Volksnähe zu demonstrieren und um Unentschlossene und Nichtwähler zu mobilisieren. Dabei blieben Donald Tusk und die Bürgerplattform auch im Wahlkampf ihrer pragmatischen Linie treu. Die Partei warb mit bereits Erreichtem und dem Vorhaben, zukünftig darauf aufbauen zu wollen: „Polen im Umbau“ oder „Wir tun mehr“ hießen die Wahlslogans der PO. Tusk griff Kritik an seiner Regierungszeit offen auf und gestand in einem TV-Werbespot auch Fehler ein: „Seit vier Jahren verändern wir Polen. Ich weiß, dass viele Dinge langsamer laufen, als wir wollten. Aber ich weiß auch, dass wir auf einem guten Weg sind.“

Inhaltlich lagen die Schwerpunkte des PO-Wahlprogramms in den Bereichen Innovation, Familie, Sicherheit und Stabilisierung der Wirtschaft. Die Partei versuchte, ein Bild von politischer Beständigkeit, Verlässlichkeit und Vertrauen zu vermitteln. Eine offene Flanke bot die PO allen politischen Gegnern angesichts der zahlreichen Wahlversprechungen aus dem Jahr 2007, die enorme Hoffnung geweckt hatten und nunmehr erhebliches Enttäuschungspotenzial produzierten, weil sie nicht oder nur unvollkommen realisiert werden konnten. Dies betraf etwa hundert angekündigte Reformprojekte u.a. in den Bereichen Infrastruktur, Öffentlicher Dienst und Sozialsysteme.

Entgegen den Befürchtungen selbst vieler eigener Anhänger errangen Donald Tusk und seine Bürgerplattform PO einen für Polen historischen Wahlsieg.

Die Regierungskoalition zeigte sich angesichts der steigenden Umfragewerte für PiS wenige Tage vor den Wahlen überrumpelt von einem geschickten Wahlkampf des politischen Gegners, der erfolgreich auf eine Charmeoffensive gegenüber den Wählern setzte und die inhaltliche Auseinandersetzung weitgehend vermied. Der für die PiS zuletzt günstige Trend hätte sich sogar noch verstärken können, wenn es der Partei und ihrem Vorsitzenden gelungen wäre, die Strategie des Imagewechsels und der Mobilisierung der Stammwählerschaft bis zum Wahltag durchzutragen. Wie sich zeigte, gelang dies nicht. Entgegen den Befürchtungen selbst vieler eigener Anhänger errangen Donald Tusk und seine Bürgerplattform PO einen für Polen historischen Wahlsieg. Erstmals seit der Wende von 1989 ist eine polnische Regierung nicht nach nur einer Legislaturperiode abgewählt worden. Seinem Wahlslogan „Polen im Umbau“ folgend hatte der alte und neue Regierungschef von den Wählern die Chance bekommen, die 2007 versprochenen Reformen mit vierjähriger Verzögerung neu anzupacken.

DAS WAHLERGEBNIS

Die Bürgerplattform PO errang 39,18 Prozent der Stimmen und damit 206 Sitze im neuen Sejm. Mit diesem Ergebnis, das gegenüber 2007 nur geringe Verluste aufweist, konnte die PO zusammen mit der Bauernpartei weiterregieren, die auf 8,36 Prozent der Stimmen und 28 Sitze kam. Damit verfügen beide Parteien zusammen über 234 Mandate. Das sind drei Mandate mehr als die absolute Mehrheit im neuen polnischen Parlament. Die konkurrierende PiS hatte ebenfalls leichte Verluste hinnehmen müssen und erreichte 158 Sitze bei einem Stimmenanteil von 29,89 Prozent. Eine Überraschung gelang der radikal-liberalen und antiklerikalen Palikot-Bewegung, der mit 10,2 Prozent der Stimmen und 40 Sitzen erstmals der Einzug in den Sejm gelang. Die postkommunistische Linke SLD zog noch hinter der Bauernpartei mit 8,24 Prozent der Stimmen und 27 Sitzen als fünftstärkste Kraft ins neue Parlament ein. Das Wahlkomitee „Deutsche Minderheit“ hat, wie in der vergangenen Legislaturperiode auch, einen Sitz im Sejm. Die Wahlbeteiligung lag bei nur 48,8 Prozent.

Auch in den gleichzeitig durchgeführten Wahlen zum polnischen Senat lag die PO vorn: Die Bürgerplattform errang 64 Mandate, gefolgt von PiS mit 28 Sitzen und der Bauernpartei mit zwei Sitzen. Sieben Sitze im neuen Senat entfielen auf unabhängige Kandidaten.

Offenbar fiel der Wahlsieg der PO in Parlament und Senat deshalb relativ deutlich aus, weil sich die Mehrzahl der vielen bis zum Schluss unentschiedenen Wählerinnen und Wähler für Kontinuität und Beständigkeit und gegen politische Unberechenbarkeit entschieden

hatte. Der in der letzten Woche vor den Wahlen von PiS-Chef Kaczyński unternommene Versuch, vermeintlich latent vorhandene antideutsche Gefühle in der Bevölkerung für sich zu mobilisieren, hatte nicht verfangen. Seine diffusen Verdächtigungen und Unterstellungen gegenüber Bundeskanzlerin Angela Merkel trafen bei allen politischen Kommentatoren und selbst in den eigenen Reihen auf Ablehnung, Kritik und Unverständnis. Die Schüsse in dem von den polnischen Medien als „Kaczyńskis Blitzkrieg“ inszenierten Spektakel gingen sogar nach hinten los, riefen sie doch bei vielen Polen eben das Bild des unberechenbaren und emotionsgesteuerten Populisten hervor, das Kaczyński bisher in seinem Wahlkampf unbedingt hatte vermeiden wollen. Neben der Tatsache, dass im Oktober 2011 mit antideutschen Gefühlen kein politisches Spiel mehr getrieben werden konnte, hat der Oppositionsführer seine Aufholjagd vor allem deshalb nicht erfolgreich zu Ende bringen können, weil er schließlich ein eklatantes Glaubwürdigkeitsproblem hatte. Am Ende einer von raffinierten Sympathiewerbung geprägten Kampagne der leisen Töne stand eine dramatische Demaskierung. Sie zeigte den wahren Kaczyński, den die Mehrheit nicht wollte.

Der in der Vorwoche der Wahlen von PiS-Chef Kaczyński unternommene Versuch, vermeintlich latent vorhandene antideutsche Gefühle in der Bevölkerung für sich zu mobilisieren, hatte nicht verfangen.

Der Wahlerfolg der PO erscheint rückblickend einerseits als ein Votum für die Beibehaltung des bisherigen pragmatischen Kurses. Andererseits war er ein klares Negativvotum gegenüber Kaczyński und der von ihm geführten PiS. Regierungschef Donald Tusk war sich dieser Tatsache durchaus bewusst. Er hatte bereits während des Wahlkampfes eingeräumt, dass viele angekündigte Reformen nicht durchgeführt wurden und Versprechungen auf der Strecke geblieben sind. Mit Blick auf die Zukunft erklärte

Tusk dann direkt nach dem Wahlsieg: „Ich weiß, dass die kommenden vier Jahre noch eine größere Herausforderung sein werden. In diesen vier Jahren werden wir doppelt so schnell und doppelt so hart arbeiten müssen. Denn die Polen haben ein Recht auf noch mehr Lebensqualität und eine noch höhere Qualität der Politik. Und ich bin davon überzeugt, dass wir in den kommenden vier Jahren große und gute Dinge für Polen bewirken können.“

Das Wahlergebnis vom 9. Oktober 2011 bestätigte ferner die anhaltende Krise der Linken, die im politischen Leben Polens kaum mehr stattfindet. Stattdessen ist mit Janusz Palikot und seinem politischen Gefolge, das sich offiziell *Ruch Palikota*, *Palikot-Bewegung*, nennt, eine politische Kraft aufgetaucht, die Antiklerikalismus und Antidiskriminierung auf ihre Fahnen geschrieben hat. Die provozierenden, mitunter geschmacklosen öffentlichen Auftritte Janusz Palikots haben dem Erfolg der von ihm angeführten Protestbewegung offenbar nicht schaden können. Nach ersten Untersuchungen haben insbesondere junge Polen Palikot gewählt, was zu Vermutungen über eine sich wandelnde junge Generation führt, die eine freiheitlichere Gesellschaft einfordert. Die Zukunft wird zeigen, ob sich derartige Vermutungen bestätigen. Festzuhalten ist immerhin, dass sich auch die Palikot-Bewegung einer bürgerlichen Staatsidee verpflichtet fühlt und wirtschaftspolitisch einen liberalen Kurs fährt.

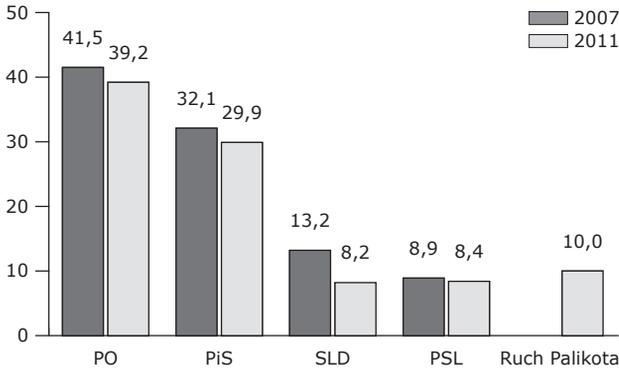
Wohl kaum ein politischer Beobachter mochte sich vorstellen, welchen Schaden eine Kaczyński-Regierung mit Blick auf die Gestaltung der europäischen Zukunft hätte anrichten können.

Aus deutscher und europäischer Sicht war der Sieg von Donald Tusk und der Bürgerplattform auch ein Sieg für Europa und die deutsch-polnischen Beziehungen. Wohl kaum ein politischer Beobachter mochte sich vorstellen,

welchen Schaden eine notorisch europaskeptische und Deutschland-kritische Kaczyński-Regierung gerade in der derzeitigen politischen Situation mit Blick auf die Gestaltung der europäischen Zukunft hätte anrichten können. Umso klarer tritt als bleibendes Verdienst Donald Tusks hervor, dass es ihm in den vergangenen vier Jahren gelungen ist, viele seiner in Teilen zu Eigenbrödlertum und Verängstigung neigenden Landsleute auf einen europafreundlichen Kurs einzustimmen. Seine Regierung hat konstruktiv an der Lösung europäischer Probleme mitgearbeitet, Eigeninitiative und Verantwortung gezeigt und

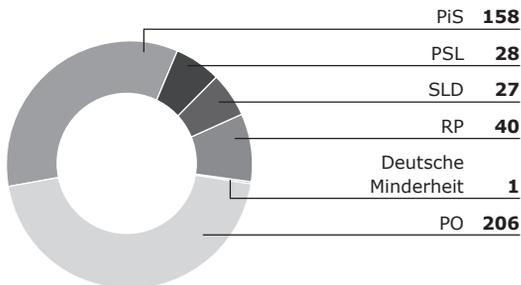
entschieden auf die Fortentwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen gesetzt. Dies lässt für die Zukunft hoffen und kann Ansporn auch für neue Initiativen in der bilateralen Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland sein.

Abb. 1

Wahlergebnisse 2007 und 2011

Quelle: Staatlicher Wahlausschuss (Panstwowa Komisja Wyborcza), <http://www.pkw.gov.pl> [17.01.2011].

Abb. 2

Sitzverteilung im Sejm nach den Wahlen 2011

Quelle: Staatlicher Wahlausschuss (Panstwowa Komisja Wyborcza), <http://www.pkw.gov.pl> [17.01.2011].

POLENS NEUE REGIERUNG

Früher als erwartet und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, am Nikolaustag, hat der alte und neue Regierungschef Donald Tusk seine neue Regierungsmannschaft präsentiert und eine Regierungserklärung abgegeben. Anschließend stellte sich die neue Regierung am 19. November traditionell dem ersten Vertrauensvotum, das sie mit 234 zu 211 Stimmen erwartungsgemäß für sich entschied.

Die neue polnische Regierung ist erneut eine Koalition des Wahlsiegers Bürgerplattform (PO) mit der Bauernpartei (PSL). Die Zahl von vier Ministerien für die PSL wurde beibehalten, und der Parteivorsitzende Waldemar Pawlak übernahm erneut neben dem Wirtschaftsministerium auch die Funktion des Vizepremiers. Mit dem Ministerium für Verwaltung und Digitalisierung wurde ein neues Ressort geschaffen. Dieses wurde möglich durch den Umbau des bisherigen Ministeriums für Inneres und Verwaltung. Die Digitalisierung von Arbeitsvorgängen in der Staatsverwaltung, Regulierungen in den Bereichen Kommunikation, Post und Telekommunikation sowie Angelegenheiten der Konfessionen, der nationalen und ethnischen Minderheiten werden zu den Aufgaben des neuen Ministeriums gehören. Zum Minister für das Ressort wurde Michał Boni berufen, der bisher als Chef der ständigen Beraterrunde in der Kanzlei des Premierministers tätig war. Boni gilt als sehr beliebt in der Bevölkerung, war früher Berater der Solidarność und Minister für Arbeit und Soziales in der Regierung von Jan Krzysztof Bielecki (1991). Das Innenministerium beaufsichtigt und koordiniert nunmehr ausschließlich die Arbeit der so genannten Uniformdienste. Dies sind Polizei, Grenzschutz, Feuerwehr, Zivilverteidigung und die Behörde für Ausländerangelegenheiten. Der neue Minister Jacek Cichocki kommt ebenfalls aus der alten Kanzlei des Premierministers, wo er im Rang eines Staatssekretärs Geheimdienste koordinierte. In früheren Zeiten war er Direktor des Zentrums für Oststudien, einem staatlichen Think-Tank für Ostpolitik.

Das bisherige Ministerium für Infrastruktur wurde zum Ministerium für Transport, Bauwesen und Schifffahrt umgewandelt. An der Spitze steht jetzt Sławomir Nowak.

Insgesamt wurden neunzehn Minister, darunter elf neue Ressortchefs, ernannt. Donald Tusk legte Wert auf die Feststellung, dass das neue Kabinett die „jüngste Regierung seit 1989“ sei.

Die Neubesetzung der Ministerposten hat auch schnell für Kontroversen gesorgt. Aufsehen erregte die Berufung von Jarosław Gowin aus Krakau zum Justizminister. Gowin ist Geisteswissenschaftler, Mitbegründer und Rektor der Europäischen Josef-Tischner-Hochschule in Krakau. **Opposition und Kommentatoren halten Jarosław Gowin vor, als Nicht-Jurist schlecht für die bevorstehenden Reformen gerüstet zu sein.** Opposition und Kommentatoren halten ihm nunmehr vor, als Nicht-Jurist schlecht für die bevorstehenden Reformen im Justizsystem gerüstet zu sein. Wenige wohlwollende Stimmen führen an, dass er gerade durch seinen anderweitigen akademischen Hintergrund unvoreingenommen sei und in keinen Interessenkonflikt geraten könne. Insgesamt dürfte die Berufung des neuen Justizministers jedoch auch dadurch motiviert sein, einen führenden Repräsentanten des wertkonservativen, „Tusk-kritischen“ Lagers innerhalb der PO in die Regierungsdisziplin einzubinden.

Die Sportministerin Joanna Mucha, eine promovierte Wirtschaftswissenschaftlerin, spezialisiert auf die Umstrukturierung von Gesundheitssystemen, hat ebenfalls mit dem Vorwurf zu leben, von ihrem künftigen Verantwortungsbereich wenig zu verstehen. Mit Sport lediglich durch ihr Hobby Judo vertraut, wird sie in Polen und darüber hinaus eines der „Gesichter“ der Fußball-EM 2012 sein und zunächst einmal die damit verbundenen diplomatischen und repräsentativen Herausforderungen meistern müssen. Eine Überraschung war ebenfalls die Berufung von Bartosz Arłukowicz zum Gesundheitsminister. Obwohl kein eingetragenes Parteimitglied der SLD (Allianz der Linken), war Arłukowicz bis vor einem halben Jahr einer der bekanntesten und beliebtesten Politiker in der politischen Linken. Dann vollzog er seinen Wechsel zur Bürgerplattform aufgrund von Streitigkeiten mit Grzegorz Napieralski, dem SLD-Vorsitzenden, der seinen Konkurrenten in der Partei zu isolieren suchte. Der „Fahnenwechsel“ hat sich für Bartosz Arłukowicz gelohnt. Nachdem er in der Kanzlei von Donald Tusk zunächst als „Minister für Bekämpfung der sozialen Ausgrenzung“ willkommen geheißen wurde, kandidierte er

bei den Wahlen für die PO in Stettin, im gleichen Wahlkreis wie Napieralski, und besiegte seinen ehemaligen Rivalen mit über vierfacher Stimmenzahl.

POLITISCHE MOTIVE BEI DER REGIERUNGSBILDUNG

Während Tusk immer wieder betont, wie hoch er den Rat und die Bedeutung von Experten bewertet, folgte die Berufung der Ressortchefs selbst offenbar unterschiedlichen politischen Motiven.

Donald Tusk hat die Zusammenstellung seiner Ministerriege weitgehend allein und im Stillen vorgenommen. Er allein, so der Eindruck für den Beobachter, präsentierte sich als Herr des Verfahrens. Während der polni-

sche Premier immer wieder betont, wie hoch er den Rat und die Bedeutung von Experten bewertet, und zwar in ihrer Funktion als Berater der Fachminister, folgte die Berufung der Ressortchefs selbst offenbar unterschiedlichen politischen Motiven wie dem innerparteilichen Proporzdenken und dem Streben nach Absicherung der persönlichen Machtbasis. Die Ankündigung, dass Nominierungen, welche die Leistungserwartungen künftig nicht erfüllten, zur Disposition stünden und die Bezeichnung seiner Minister als „Stoßdämpfer“ für die Krisenzeit zeugen vom Selbstbewusstsein des Donald Tusk und richten sich auch an seine innerparteilichen Kritiker.

Dem Ziel der innerparteilichen Machtabsicherung diene vor allem die Marginalisierung von Grzegorz Schetyna, einem politischen Konkurrenten der ersten Stunde innerhalb der PO. Schetyna ist erster stellvertretender Parteivorsitzender der PO, war von 2007 bis 2009 Innenminister im letzten Kabinett Tusk und amtierte als Sejmmarschall bis zu den Wahlen. Nun wurde es ihm verwehrt, diese zentrale Funktion erneut auszuüben: Er erhielt im Sejm lediglich den Vorsitz des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. Vor der Presse bezeichnete Tusk ihn als „starke strategische Reserve“ der PO. Dem Balancedenken folgend finden sich Sympathisanten Schetynas dennoch an zentralen Positionen in der Regierung (Gowin, Mucha, Zdrojewski) oder im Parlament, wie der neue Fraktionsvorsitzende der PO, Rafał Grupański.

Angesichts seiner starken Stellung konnte Donald Tusk innerhalb der PO-Fraktion auch die Belohnung zweier besonders loyaler Gefolgsleute durchsetzen. So wurde Ewa Kopacz, der ehemaligen Gesundheitsministerin, die Funk-

tion der Sejm marschallin anvertraut, und der besonders in die Kritik geratene ehemalige Infrastrukturminister Cezary Grabarczyk wurde einer ihrer Stellvertreter. Gestützt auf den Erfolg, den die PO auch Tusks persönlichem Einsatz im Wahlkampf zu verdanken hat, konnte der Premier somit unbestritten und souverän sein personalpolitisches Tableau erstellen, auf dessen Grundlage nun die inhaltliche Regierungsarbeit erfolgen muss.

REGIERUNGSERKLÄRUNG UND REAKTION DER OPPOSITION

Während Donald Tusks Regierungserklärung im Jahre 2007 noch dreieinhalb Stunden dauerte, ist die diesjährige vergleichsweise kurz ausgefallen. Sie dauerte genau eine Stunde. Angesichts der weitgehenden Versandung der vielen Reformversprechen von 2007 erwartete die Öffentlichkeit nunmehr eine wenig kontroverse, allgemeine Rede mit einer groben Beschreibung der gegenwärtigen Situation und den Umrissen der zukünftigen Politik. Doch Donald Tusk überraschte wieder mit konkreten Reformvorschlägen. Es fielen keine beruhigenden Floskeln, keine Versprechen, sondern es gab die Ankündigung von Sparmaßnahmen und gesellschaftspolitischen Veränderungen. Einige Beispiele hierzu:

Angesichts der weitgehenden Versandung vieler Reformen erwartete die Öffentlichkeit keine kontroverse Regierungserklärung. Doch Tusk überraschte mit konkreten Reformvorschlägen.

Die Familienpolitik soll vor allem kinderreiche Familien unterstützen. Steuerliche Abschreibungen für die Erziehung eines einzelnen Kindes sollen für vermögende Paare gestrichen werden und können erst bei weiterem Nachwuchs wieder in Anspruch genommen werden. Für das dritte Kind und jedes weitere soll der Abschreibungsbetrag um 50 Prozent steigen.

Bei den Renten sollen die bisherigen prozentualen Anpassungen zugunsten eines noch festzulegenden festen Steigerungsbetrags entfallen. Die Abgaben für die Rentenversicherung sollen für die Arbeitgeber um zwei Prozentpunkte steigen. Ferner geht es um die Abschaffung der Rentenprivilegien für die so genannten Uniform-Dienste im Bergbau, für Staatsanwälte und Richter – bislang reichen 15 Jahre Dienstzeit für den vollen Rentenanspruch. Im Gegenzug wurden Gehaltserhöhungen für die Polizei angekündigt.

Die vielleicht wichtigste Neuerung bei den Renten betrifft das Renteneintrittsalter, das künftig für Männer und Frauen gleichermaßen bei 67 Jahren liegen soll. Die Reform soll bis 2040 für Frauen und bis 2020 für Männer abgeschlossen werden und ist in Teilen nach deutschem Vorbild geplant.

Angekündigt ist auch eine Reform der Sozial- und Gesundheitsversicherung für die Landwirte. Künftig sollen Bauern das Gesundheitssystem mittragen und ab 2013 auch am gesamtstaatlichen Steuer- und Rentensystem teilnehmen. Kleinbauern (bis 15 Hektar Hofgröße) sollen aber weiterhin staatlich unterstützt werden. Angekündigte Reformen im

Rechtssystem beziehen sich auf die Verkürzung von Gerichtsverfahren, die Abschaffung vieler Berufslizenzen (z.B. für Anwälte) und die Vereinfachung von Verwaltungsprozeduren (z.B. bei Baugenehmigungen). Keine

Keine Erwähnung in der Regierungserklärung fanden der diskutierte Beitritt zur Euro-Zone, die Infrastruktur-, Bildungs-, Kultur- und Gesundheitspolitik.

Erwähnung in der Regierungserklärung fanden der diskutierte Beitritt zur Euro-Zone, die Infrastruktur-, Bildungs-, Kultur- und Gesundheitspolitik.

Der PiS-Vorsitzende Kaczyński erklärte, seine Partei lehne das vorgestellte Regierungsprogramm wegen der sozialen Verwerfungen ab, die infolge der Reformen entstünden. Kaczyńskis Auftreten machte deutlich, dass sich die PiS als eine Fundamentalopposition versteht, die jede Unterstützung der Regierung ausschließt. Palikot-Bewegung und SLD, die noch vor den Wahlen als potenzielle Koalitionsparteien für die PO galten, kritisierten das Programm der neuen Regierung als sozial unausgewogen, boten aber Unterstützung bei bestimmten Projekten an. Für polnische Wirtschaftskommentatoren war die Regierungserklärung auch eine Botschaft an die Finanzmarktakteure, und der Reformwille der Regierung wurde positiv bewertet.

Die Mehrheit der Polen hat die Regierungserklärung ihres frisch gewählten Premierministers aber offenbar unangenehm überrascht. So fällt die PO in einer neuesten Umfrage² um acht Prozentpunkte in der Wählergunst – eine völlig untypische Entwicklung für einen Wahlsieger so kurz nach der Wahl. Angesichts dessen und auch angesichts des starken Widerspruchs der Opposition und

vieler gesellschaftlicher Gruppen wird es für die Regierung wohl schwierig werden, die angekündigten Reformen auch durchzusetzen. Hinzu kommt, dass eine Mehrheit von zehn Stimmen im polnischen Parlament angesichts der nicht unüblichen Wanderbewegungen zwischen den politischen Lagern, von denen bisher die PO profitieren konnte, keine stabile Größe darstellt. Auf Dauer wird Donald Tusk nicht darauf zählen können, dass der Spaltungsprozess, der die größte Oppositionspartei PiS nach den Wahlen erfasst hat, die parlamentarische Opposition weitgehend lahmlegt. Im Gegenteil: Der angekündigte rigide Spar- und Reformkurs der Regierung dürfte Kaczyński im Kampf gegen seine innerparteilichen Kritiker stärken und die abgespaltenen Mitglieder der neuen Mini-Fraktion „Solidarisches Polen“ in die Defensive zwingen.

DIE POLNISCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT – WELCHE HOFFUNGEN HABEN SICH ERFÜLLT?

Auf die polnische EU-Ratspräsidentschaft hat sich der Wahlkampf in keiner Weise negativ ausgewirkt. Weder spielte der EU-Ratsvorsitz in der Kampagne eine Rolle noch fanden sich Teile der innenpolitischen Agenda Polens auf dem Brüsseler Parkett wieder. Dort waren die polnischen Verantwortlichen stets präsent und führten die Präsidentschaft geräuschlos, effektiv und, gemessen an den Realisierungsmöglichkeiten der gesetzten Vorgaben, auch recht erfolgreich.

Polen hatte am 1. Juli 2011 die EU-Präsidentschaft zu einer Zeit übernommen, die geprägt war von der immer offensichtlicher und akuter werdenden europäischen Staatsschuldenkrise. Die anhaltende Diskussion über geeignete Maßnahmen zur Rettung der Gemeinschaftswährung dominierte mehr und mehr die Brüsseler Verhandlungsagenda. Was konnte die Präsidentschaft eines Landes, das nicht der Euro-Zone angehört, in diesem Kontext konstruktiv bewirken? Die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit war darüber hinaus beansprucht von den Umstürzen im Maghreb sowie der Unterdrückung der Opposition in der Ukraine und in Weißrussland.

Die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit war beansprucht von den Umstürzen im Maghreb sowie der Unterdrückung der Opposition in der Ukraine und in Weißrussland.

Vor diesem Hintergrund verfolgte die polnische EU-Präsidentschaft drei Hauptschwerpunkte:

- die Europäische Integration als Quelle von Wachstum und Wohlstand;
- die europäische Sicherheit;
- ein von seiner Offenheit profitierendes Europa.³

Bereits im Juli hatte die polnische Ratspräsidentschaft die Verhandlungen über die langfristige Fortschreibung des EU-Haushalts mit dem Ziel begonnen, im Rahmen des EU-Budgets die Entwicklung des Binnenmarktes und die Wettbewerbsfähigkeit Europas voranzubringen. Die Anfang Dezember nach 30 Jahre währenden Gesprächen und Streitigkeiten erzielte Verabschiedung eines einheitlichen Patentrechtes kann in diesem Zusammenhang als großer Erfolg gewertet werden. Für Unternehmen wird es nun einfacher sein, Patente in der ganzen EU registrieren zu lassen und dabei erheblich an Kosten zu sparen. Das in Krakau im Oktober 2011 erstmalig organisierte Binnenmarktforum hatte in diesem Zusammenhang vor allem Netzwerk-bildende Funktion.

Insgesamt durchzog das polnische Bestreben, in Gesprächen unterschiedliche Standpunkte transparent zu machen und, wo immer möglich, zusammenzuführen, ohne zu sehr auf verbindliche Verhandlungsabschlüsse zu drängen, die gesamte Präsidentschaft. Beispielhaft hierfür war die im Oktober in Brüssel organisierte Konferenz im Zusammenhang mit der Fortschreibung des EU-Haushaltes. Erstmals in der EU-Geschichte konnten die Mitgliedstaaten, die nationalen Parlamente und EU-Institutionen ihre Standpunkte in unverbindlicher Form präsentieren, diskutieren und kennen lernen. Dies ermöglichte es, die Haushaltsdiskussion zu einem frühen Zeitpunkt in sachliche Bahnen zu lenken und allen Beteiligten die Möglichkeit zu geben, ihre Zweifel und Ideen vorzustellen. Als klaren Erfolg im Bereich Wirtschaft konnte Polen die Verabschiedung des so genannten Sixpacks verbuchen, der lange und teilweise zähe Verhandlungen vorausgegangen waren. Das Paket

3 | Ministerstwo Spraw Zagranicznych (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Polen), „Programm der polnischen EU-Ratspräsidentschaft“, http://pl2011.eu/sites/default/files/users/shared/o_prezydencja/programm_der_polnischen_ue-ratsprasidentschaft.pdf [17.01.2011].

aus sechs Gesetzen und Regelungen soll zu mehr Disziplin in den nationalen Haushalten führen.

Im Kampf gegen die aktuelle Staatsschuldenkrise blieb die polnische Rolle angesichts der Tatsache, dass das Land nicht zur Eurozone gehört, begrenzt. Mit der Realität konfrontiert zu sein, dass z.B. der polnische Finanzminister auch in der Präsidentschaftsrolle nicht an Treffen der Eurogruppe teilnehmen darf, sorgte bei den polnischen Verantwortlichen wie auch in der polnischen Öffentlichkeit für Ernüchterung. Angesichts des gewachsenen europapolitischen Engagements und Verantwortungsbewusstseins Polens dürfte sich bald die Erkenntnis durchsetzen, dass die Nachteile, nicht zum „Euro-Klub“ zu gehören, bei Weitem die damit verbundenen Befürchtungen überwiegen. Polen fand jedoch seine Rolle in der Diskussion um die Euro-Rettung und die Bewältigung der Staatsschuldenkrise als Moderator, glaubwürdiger Mahner zu mehr Haushaltsdisziplin und Anwalt all jener Mitgliedstaaten, für die ein Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten ein Irrweg ist.

Im Kontext „sicheres Europa“ hatte Polen die Absicht erklärt, die Arbeiten an einer neuen Energiestrategie für die nächsten zehn Jahre voranzubringen. Ende November, nach zweijährigen Verhandlungen, war es Polen dann gelungen, eine Entscheidung im Bereich der externen Energiequellen zu erreichen. So wurde ein Dokument verabschiedet, das regelt, wie die EU gegenüber Drittländern eigene Positionen vertreten soll. Die Rolle der Europäischen Kommission wurde dabei gestärkt und eine Absichtserklärung für einheitliche EU-Stellungnahmen auf Foren internationaler Organisationen formuliert.

Das Projekt des „zivil-militärischen Hauptquartiers“ für die EU, eine ursprünglich aus dem Weimarer Dreieck erwachsene Initiative, konnte die polnische Präsidentschaft nicht durchsetzen.⁴ Es scheiterte am Widerstand von Großbritannien. Als Erfolg ließ sich lediglich verbuchen, dass die übrigen 26 EU-Staaten, besonders Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien, gemeinsam mit Polen an der Idee weiterarbeiten wollen.

4 | Vgl. hierzu Claudia Major, „Ein zivil-militärisches Hauptquartier für die EU“, *SWP-Aktuell* 74, 10/2010, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Unter dem Stichwort „offenes Europa“ verstand die polnische Ratspräsidentschaft vor allem die Unterstützung des Erweiterungsprozesses mit Blick auf Südosteuropa und die Fortentwicklung der Zusammenarbeit mit den Nachbarländern im Osten (Ukraine, Weißrussland, Republik Moldau, Georgien, Armenien, Aserbaidschan). Während sich die Verleihung des EU-Kandidatenstatus an Serbien aufgrund von offenen Fragen im serbisch-kosovarischen Spannungsverhältnis immer wieder verzögert, kann der polnische Ratsvorsitz es sich auf seine Fahnen schreiben, den formalen Schlusspunkt unter die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien gesetzt zu haben: Der kroatische EU-Beitrittsvertrag ist am 9. Dezember 2011 feierlich unterzeichnet worden – allerdings nicht, wie von polnischer Seite erwünscht, in Warschau, sondern in Brüssel.

Im Zusammenhang mit der Östlichen Partnerschaft sollte nach dem ursprünglichen Willen der polnischen Präsidentschaft das Warschauer Gipfeltreffen vom 29. und 30. September wegweisende Ergebnisse bringen. Von dem Gipfel

Angesichts mangelnder Bereitschaft zu demokratischen Reformen in Weißrussland und in der Ukraine blieben die Ergebnisse des Warschauer Gipfeltreffens deutlich unter den Erwartungen.

sollte ein eindeutiges Signal ausgehen, dass der EU an einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarn liegt. Doch angesichts mangelnder Bereitschaft zu durchgreifenden demokratischen Reformen in Weißrussland und in der Ukraine blieben

die Ergebnisse des Gipfels deutlich unter den von polnischer Seite wohl etwas zu hoch gesetzten Erwartungen. Vor allem der Prozess gegen Julia Tymoszenko, die Ende September gerade das Urteil erwartete, und die Absage der weißrussischen Delegation dominierten das Treffen.

In der lange verhandelten Abschlusserklärung gab die EU den östlichen Nachbarn unter dem Vorbehalt demokratischer Fortschritte Perspektiven für mehr Investitionen und Visa-Erleichterungen, doch Hinweise auf EU-Beitrittsperspektiven fehlten dem Dokument. Das wenig später gegen Tymoszenko ergangene Urteil und ihr sich verschlechternder Gesundheitszustand führten schließlich gar zur Aussetzung der Paraphierung des fertigen Assoziierungsabkommens mit der Ukraine und damit zum vorläufigen Scheitern, trotz polnischer Bemühungen, eines wichtigen Zieles der polnischen Präsidentschaft.

AUSBLICK

Die polnische Ratspräsidentschaft verlief weitgehend geräuschlos und professionell. Mehr war angesichts der aus dem Lissabon-Vertrag erwachsenen Einschränkungen und des die europapolitische Agenda überlagernden Krisenmanagements zur Eurorettung kaum von Polen zu erwarten. Das allgemeine Bild der polnischen Bemühungen ist eindeutig positiv.

Vor dem Hintergrund dieses guten Eindrucks ist Polen ein weiterer Schritt auf dem von Donald Tusk eingeschlagenen Weg gelungen, sich als ein führender EU-Mitgliedstaat zu positionieren, der in der Union konstruktiv mitarbeitet, Verantwortung übernimmt, die EU als Ganzes voranbringt und bei allen europäischen Fragen eingebunden sein will. In dieses Bild fügte sich die Berliner Rede von Außenminister Radosław Sikorski am 28. November. Sein Aufruf zu mehr Europa, seine Reformvorschläge, über die noch weit über das Ende der polnischen Ratspräsidentschaft hinaus zu diskutieren sein wird, und sein Appell an Deutschland, Führungsverantwortung in Europa zu übernehmen, verbunden mit der Mahnung, dabei Polen stets mitzunehmen, entspringen nicht nur ehrlicher Sorge um die Zukunft des europäischen Einigungswerks. Sie sind auch Ausdruck des traditionell hohen polnischen Sicherheitsbedürfnisses, das für die Regierung Tusk und ihre Anhänger inzwischen seine beste Garantie in der europäischen Integration gefunden hat. Auch wenn in Polen, wie die heftigen und polemischen Ausbrüche der PiS-Opposition auf die Rede Sikorskis gezeigt haben, noch nicht die gesamte Politik dieser Regierungslinie folgt, findet nun im Nachbarland eine Europadebatte statt, in der die deutsch-polnische Partnerschaft in einer sich stärker zusammenschließenden EU eine immer stärkere Rolle spielt. Derzeit besteht die große Chance, dass die beiden Länder zu einer Gestaltungspartnerschaft innerhalb der EU finden. Dies kann jedoch nur gelingen, wenn Polen von Deutschland in alle Abstimmungsprozesse um die Zukunft von Eurozone und EU einbezogen wird.

Derzeit besteht die große Chance, dass Deutschland und Polen zu einer Gestaltungspartnerschaft innerhalb der EU finden.